

Allgemeine Vertragsbedingungen für den indirekten Einkauf

Stand 05 / 2023

Inhaltsverzeichnis

1.	Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	3
2.	Vertragsbestandteile und Vertragsschluss	3
3.	Leistungserbringung	4
4.	Änderungen und Ergänzungen	6
5.	Abnahme	6
6.	Kündigung	6
7.	Lieferzeiten und Verzug.....	7
8.	Vertretungsbefugnis	7
9.	Vergütung, Rechnungsstellung und Zahlung	8
10.	Steuern	10
11.	Zölle, Ursprung und Exportkontrolle.....	10
12.	Gewährleistung.....	11
13.	Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte.....	12
14.	Datenschutz	12
15.	Rechte an BMW Daten.....	13
16.	Informationssicherheit.....	14
17.	Geheimhaltung, Werbung.....	16
18.	Versicherung.....	17
19.	Compliance	18
20.	Allgemeine Bestimmungen	19
21.	Geltendes Recht, Gerichtsstand und Gerichtsbarkeit.....	20

1. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

- 1.1 Die vorliegenden Allgemeinen Vertragsbedingungen („**AVB**“) gelten für die Beschaffung von Waren und Leistungen (inklusive Software und Daten), die weder Produktionsmaterial noch Kraftfahrzeugteile sind.
- 1.2 Der Auftragnehmer hat aktuelle Lieferantenstammdaten auf dem BMW Partner Portal der BMW Group unter <https://b2b.bmw.com> („B2B-Portal“) > Login > Anwendungen > Lieferantendaten zu pflegen („Lieferantendatenbank“), zur Verfügung zu stellen, stets aktuell zu halten und dafür einen zuständigen Masteradministrator zu benennen. Soweit der Auftragnehmer nach Maßgabe dieser AVB zur Vorlage von Zertifikaten, Erklärungen oder sonstigen Nachweisen verpflichtet ist, hat der Auftragnehmer diese mit jeweils aktuellem Gültigkeitsdatum unverzüglich über die Lieferantendatenbank zu übermitteln.

Es wird klargestellt, dass die Überprüfung oder die unterlassene Anforderung eines Zertifikates, einer Erklärung oder eines sonstigen Nachweises durch BMW keinen Verzicht auf irgendeine in diesen AVB genannte Verpflichtung oder Billigung der Verhaltensweise des Auftragnehmers darstellt.

- 1.3 Der Auftragnehmer hat BMW unverzüglich und vollständig über Umfirmierungen, Rechtsformwechsel sowie über für die Geschäftsbeziehung zwischen BMW und Auftragnehmer wesentliche Änderungen in seiner Beteiligungs-, Gesellschafter- oder Eigentümerstruktur zu unterrichten, indem der Auftragnehmer BMW unter der E-Mail Adresse Lieferantenstammdaten@bmw.de und die zuständige(n) Einkaufsfachstelle der BMW (Schweiz) AG informiert.

Soweit dies ohne Verstoss gegen anwendbares Recht oder vertragliche Verpflichtungen zulässig ist, hat der Auftragnehmer BMW vorab über geplante für die Geschäftsbeziehung wesentliche Änderungen zu unterrichten, indem er die zuständige(n) Einkaufsfachstelle(n) von BMW informiert.

Eine für die Geschäftsbeziehung wesentliche Änderung liegt vor bei einer Übertragung aller oder im Wesentlichen aller Vermögensgegenstände des Auftragnehmers, einer Verschmelzung oder Spaltung des Auftragnehmers mit oder auf einen anderen Rechtsträger, dem Abschluss eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrags durch den Auftragnehmer als beherrschte Gesellschaft sowie dem Erwerb von mindestens 50 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft des Auftragnehmers durch einen oder mehrere gemeinsam handelnde Erwerber in einer oder mehreren Transaktionen. Für börsennotierte Auftragnehmer gilt dies bereits bei einem Erwerb von mindestens 30 Prozent der Stimmrechte.

2. Vertragsbestandteile und Vertragsschluss

- 2.1 Der konkrete Vertrag über die Beschaffung von Waren und Leistungen (inklusive Software und Daten), die weder Produktionsmaterial noch Kraftfahrzeugteile sind, kommt durch eine schriftliche Einzelbestellung oder Abrufbestellung von BMW und die entsprechende Annahme des Auftragnehmers zustande. Es wird klargestellt, dass auch jede Handlung, die zur Erfüllung einer Einzel- oder Abrufbestellung durch den Auftragnehmer vorgenommen wird, die Annahme dieser Bestellung darstellt.

Dies gilt ebenso für das Zustandekommen eines Rahmenvertrages durch entsprechende Annahme einer Rahmenbestellung. In einem solchen Rahmenvertrag verpflichtet sich der Auftragnehmer gegenüber BMW dazu, im Falle einer Abrufbestellung durch BMW die beauftragte Leistung zu den im Rahmenvertrag festgelegten Konditionen zu erbringen. Eine Abrufbestellung bezieht sich auf den Rahmenvertrag. Die in Anfragen und/oder Angeboten angegebenen Mengen stellen lediglich unverbindliche Orientierungswerte dar, z. B. für Preisberechnungen, und begründen keinerlei Verpflichtung für BMW, diese Mengen zu bestellen oder entsprechende Volumina abzunehmen. Ein Anspruch auf Erteilung von Bestellungen in bestimmtem Umfang besteht nicht.

- 2.2 Zusätzlich zu diesen AVB können abhängig von den jeweils beauftragten Leistungen ergänzend durch BMW besondere Vertragsbedingungen („**BVB**“) einbezogen werden.
- 2.3 Im Falle eines Konflikts zwischen Vertragsbestandteilen gilt folgende Reihenfolge:
- a) BMW Bestellung,
 - b) Vergabe-/Verhandlungsprotokoll/Einzelvertrag (falls vorhanden),
 - c) Leistungsbeschreibung im finalen Angebot des Auftragnehmers (ohne Vertrags- und Lieferbestimmungen des Auftragnehmers) und BMW Ausschreibungsunterlagen inkl. aller Anhänge und Dokumente, auf die verwiesen wird,

- d) Rahmenvertrag zwischen BMW und Auftragnehmer (falls vorhanden),
- e) BVB (falls vorhanden) und
- f) die vorliegenden AVB.

Weicht auf der Rangstufe c) die Leistungsbeschreibung im finalen Angebot des Auftragnehmers von den BMW Ausschreibungsunterlagen inkl. aller Anhänge und Verweisungen ab, werden diese Abweichungen nur Vertragsbestandteil, wenn diese Abweichungen im Verhandlungsprotokoll oder in der BMW Bestellung ausdrücklich bestätigt werden..

- 2.4 Die dem finalen Angebot des Auftragnehmers zugrunde liegende Kalkulationsbasis dient nur der Plausibilisierung seines Festpreisangebotes und wird nicht Vertragsbestandteil.
- 2.5 Abweichende oder zusätzliche Vertrags-, Lizenz- oder Lieferbestimmungen des Auftragnehmers oder eines Dritten werden nicht Vertragsbestandteil, auch wenn ihnen nicht ausdrücklich widersprochen wird. Bestätigt der Auftragnehmer den Auftrag von BMW abweichend von der BMW Bestellung gelten diese Abweichungen nur, wenn und soweit BMW diesen ausdrücklich schriftlich zustimmt.
- 2.6 Einschlägige Richtlinien und Anweisungen der BMW Group, die im Rahmen der Ausschreibung oder der BMW Bestellung referenziert wurden, hat der Auftragnehmer einzuhalten. Über diese Richtlinien und Anweisungen hat sich der Auftragnehmer vor Abgabe seines Angebots und danach laufend über die von der BMW Group zur Verfügung gestellten Kanäle (insbes. B2B-Portal) zu informieren.
- 2.7 Die Vertragsbedingungen eines Hauptauftrags gelten sinngemäss auch für etwaige Zusatz- bzw. Änderungsaufträge, auch wenn dies nicht gesondert vereinbart wurde.
- 2.8 Sofern der Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung Software erstellt, anpasst oder bereitstellt, gelten die bei Vertragsschluss gültigen „BMW Bedingungen für den Einsatz von Open Source Software“ („OSS Bedingungen“), die wesentlicher Vertragsbestandteil werden. Die OSS Bedingungen sind unter dem folgenden Pfad abrufbar: B2B-Portal > Login > Fachbereiche > Einkauf > Einkauf direktes Material > Vertragsstandards > BMW Bedingungen für den Einsatz von Open Source Software; auf Wunsch des Auftragnehmers werden die OSS Bedingungen auch durch BMW übersandt.

3. Leistungserbringung

- 3.1 Der Auftragnehmer trägt für die beauftragten Leistungen die Systemverantwortung, d.h. er ist gegenüber BMW für die Leistungserbringung in sämtlichen Prozessschritten und hinsichtlich sämtlicher Leistungsbestandteile verantwortlich, unabhängig davon, ob er unmittelbar oder mittelbar Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung einsetzt.
- 3.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass bei der Leistungserbringung und in Bezug auf die zu erbringende Leistung sämtliche zum Zeitpunkt der Leistungserbringung einschlägigen rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden, unabhängig davon, ob er unmittelbar oder mittelbar Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung einsetzt.

Der Auftragnehmer stellt die BMW Group von etwaigen Ansprüchen Dritter frei, die darauf beruhen, dass der Auftragnehmer oder ein von ihm unmittelbar oder mittelbar eingesetzter Unterauftragnehmer eine einschlägige rechtliche Bestimmung (insbesondere geltende Mindestlohngesetze) nicht einhält oder verletzt.
- 3.3 Dem Auftragnehmer stehen keine Leistungsverweigerungs- und Zurückbehaltungsrechte gegenüber einer Forderung von BMW oder zur Durchsetzung einer eigenen Forderung zu, es sei denn, es handelt sich um eine unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderung des Auftragnehmers. Dies gilt insbesondere für die Pflicht des Auftragnehmers zur Belieferung, deren Erfüllung der Auftragnehmer nicht unter Verweis auf eine eigene, nicht anerkannte und nicht rechtskräftig festgestellte Forderung oder auf noch laufende Verhandlungen mit BMW verweigern oder aussetzen darf.
- 3.4 Hat der Auftragnehmer oder eines seiner Zusammengehörigen Unternehmen im Hinblick auf die vertragsgegenständliche Leistungserbringung eine schuldhaftige Absprache getroffen oder eine sonstige Verhaltensweise unternommen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung i. S. der anwendbaren kartellrechtlichen Regelungen darstellt (jeweils festgestellt durch eine bestandskräftige behördliche bzw. rechtskräftige gerichtliche Entscheidung), so hat er 8 Prozent der Netto-Abrechnungssumme des von diesem Kartellrechtsverstoss betroffenen Leistungsumfangs an BMW als Schadensersatz zu leisten, soweit der Auftragnehmer nicht nachweisen kann, dass BMW kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist. Diese Verpflichtung gilt auch im Falle einer Kündigung oder nach Erbringung der Leistung fort. Sonstige oder darüber hinausgehende vertragliche oder gesetzliche Ansprüche von BMW bleiben hiervon unberührt; insbesondere kann BMW gegen entsprechenden Nachweis einen höheren Schaden geltend machen.
- 3.5 Zur Leistungserbringung darf der Auftragnehmer unmittelbar oder mittelbar Unterauftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung von BMW einsetzen. Die Klauseln 3.1 und 3.2 bleiben davon unberührt. BMW wird die Zustimmung zum Einsatz eines Unterauftragnehmers nicht unbillig verweigern.

- 3.6 Etwa von BMW bereitzustellendes Material ist vom Auftragnehmer so rechtzeitig und in dem Umfang abzurufen, dass die ordnungsgemässe Leistungserbringung durch den Auftragnehmer gewährleistet ist.
- 3.7 Der Auftragnehmer hat einen Projektleiter zu benennen:
- Der Projektleiter plant, koordiniert und überwacht sämtliche Belange des Projektes unter Beachtung der jeweiligen Richtlinien (z.B. Betriebsmittelvorschriften, Unfall Verhütungsvorschriften, etc.) und ist verantwortlicher Ansprechpartner für den BMW Projektleiter.
 - Der Projektleiter des Auftragnehmers wird den BMW Projektleiter auf Verlangen jederzeit über den Stand der Leistungserbringung unterrichten. Er hat dazu einen aktuellen Terminplan mit Anfangs- und Endtermin, Fertigstellungsgrad und Status je Funktion vorzulegen.
 - Der Projektleiter darf nur aus wichtigem Grund und nach vorheriger schriftlicher Mitteilung an BMW ausgetauscht werden. BMW kann seinerseits aus wichtigem Grund den Austausch des Projektleiters vom Auftragnehmer verlangen.
- 3.8 Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Mitarbeiter und sonstige von ihm eingesetzte Dritte die BMW Besuchsbedingungen und die BMW Hausordnung beachten. Insoweit sind die Weisungen des BMW Werkschutzes zu beachten. Schwere Verstösse gegen die Besuchsbedingungen oder die Hausordnung (z.B. Fotografierverbot) sowie ein Verstoß gegen das Alkohol- und Rauschmittelverbot in Klausel 3.9, berechneten BMW zur Verhängung eines Hausverbots gegen einzelne vom Auftragnehmer eingeschaltete Personen. Sonstige Rechte von BMW bleiben unberührt.
- 3.9 Den Mitarbeitern des Auftragnehmers und sonstigen von ihm eingesetzten Dritten ist es verboten, im alkoholisierten Zustand eine BMW Liegenschaft zu betreten, alkoholische Getränke auf eine BMW Liegenschaft mitzubringen oder zu verteilen oder Alkohol auf einer BMW Liegenschaft zu konsumieren. Ausgenommen hiervon sind die von BMW beauftragte Mitnahme und Verteilung.
- Dies gilt entsprechend für alle anderen Arten von Rauschmitteln. Der Auftragnehmer hat für die Einhaltung dieses Alkohol- und Rauschmittelverbots Sorge zu tragen.
- 3.10 Soweit Mitarbeiter des Auftragnehmers eine Zutrittsberechtigung für eine BMW Liegenschaft haben und der Zutritt für die Leistungserbringung nicht mehr erforderlich ist (insbesondere wegen Ende des Arbeitseinsatzes des Mitarbeiters), hat der Auftragnehmer dies unverzüglich an die Ausweisstelle des jeweiligen BMW Standortes zu melden und den BMW Partnerausweis des betreffenden Mitarbeiters an die Ausweisstelle oder dem Werkschutz zurückzugeben. Das gleiche gilt für Mitarbeiter eines vom Auftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmers.
- 3.11 Soweit der Auftragnehmer für die Leistungserbringung ihm zugewiesene Flächen auf einer BMW Liegenschaft oder auf von BMW angemieteten Flächen nutzt, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Vorgaben der BMW Group Standards „Arbeitssicherheit“ (GS 99001), „Umweltschutz“ (GS 99003), „Sicherheitshinweise für Fremdfirmen“ (GS 99004) einzuhalten. Diese sind unter dem folgenden Pfad abrufbar: B2B-Portal > Login > Anwendungen >TEREG.
- BMW ist zur Auditierung in Bezug auf Arbeitssicherheit, Umweltschutz und Brandschutz auf diesen Flächen berechtigt. Zudem ist BMW zur Überprüfung der Einhaltung des vereinbarten Informations-/IT-Sicherheitsniveaus berechtigt (z. B. physischer Zugangsschutz, Assetmanagement und Assetschutz etc.).
- 3.12 Der Auftragnehmer wird im Rahmen der Leistungserbringung ohne zusätzliche Vergütung alle erforderlichen Massnahmen treffen, auch wenn diese im Rahmen der Beauftragung nicht ausdrücklich genannt wurden. Dies gilt insbesondere für die folgenden Massnahmen:
- Der Auftragnehmer hat die Liefergegenstände und, soweit relevant, von BMW bereitgestellte oder im Eigentum von BMW stehende Werkzeuge und Sonderbetriebsmittel nach den Vorgaben von BMW zu kennzeichnen.
 - Der Auftragnehmer wird durchgeführte Prüfungen und deren Ergebnisse dokumentieren, wobei eine eindeutige Zuordnung zu den jeweiligen beauftragten Leistungen sichergestellt werden muss. Der Auftragnehmer wird die Dokumentation für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren nach Abschluss der Leistungserbringung aufbewahren und BMW auf Verlangen zur Verfügung stellen und dies BMW vor der Vernichtung der Dokumentation anbieten.
 - Die für die Ausführung erforderlichen Unterlagen hat der Auftragnehmer rechtzeitig anzufordern oder zu beschaffen. Der Auftragnehmer hat diese Unterlagen, auch in Bezug auf die örtlichen Gegebenheiten, auf Vollständigkeit, Richtigkeit, etwaige Unstimmigkeiten sowie ggf. Ausführung von Vorarbeiten Dritter zu prüfen. Der Auftragnehmer hat BMW Bedenken jeglicher Art unverzüglich schriftlich unter Angabe von Gründen mitzuteilen und eine Einigung mit der Projektleitung von BMW über die Weiterführung der Arbeiten herbeizuführen.

- d) Die dem Auftragnehmer überlassene oder nach den Angaben von BMW hergestellten Unterlagen und Fertigungsmittel dürfen nur nach schriftlicher Zustimmung von BMW vervielfältigt oder veräussert, sicherungsübereignet, verpfändet oder sonst wie weitergegeben oder für Dritte verwendet werden. Das gleiche gilt für die mit Hilfe dieser Unterlagen und/oder Gegenstände hergestellter Waren..
 - e) Sämtliche dem Auftragnehmer übergebene Unterlagen und Gegenstände werden leihweise überlassen und bleiben ausschließliches Eigentum von BMW. Sie sind auf Anforderung von BMW oder unmittelbar nachdem sie nicht mehr für den vereinbarten Zweck benötigt werden, spätestens jedoch nach Ende des Vertrages an BMW zurückzugeben.
- 3.13 Der Auftragnehmer ist nicht zur Erbringung von Teilleistungen berechtigt.
- 3.14 Sofern der Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung Software erstellt oder anpasst, hat er die erstellten und angepassten Programme nach Durchführung eines Programmtests in testfähiger und maschinenlesbarer Form auf einem geeigneten Datenträger zusammen mit dem Quellcode und der Dokumentation an BMW zu übergeben. Bereits während der Leistungserbringung ist der Auftragnehmer verpflichtet, BMW Einsicht in den Quellcode und die Dokumentation zu gewähren.

4. Änderungen und Ergänzungen

- 4.1 BMW kann jederzeit, und sofern die Leistungserbringung in einer Werkleistung oder Werklieferung besteht zumindest bis zur Abnahme, nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Interessen des Auftragnehmers Änderungen und Ergänzungen der beauftragten Leistung verlangen („Änderungen“). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, BMW Änderungen vorzuschlagen, die er im Hinblick auf veränderte gesetzliche oder sonst zwingende Vorschriften oder aus sonstigen Gründen für notwendig oder zwecksmässig hält. Ohne Änderungsbestellung oder gleichwertige schriftliche Bestätigung von BMW ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, von der Leistungsbeschreibung abzuweichen, insbesondere nicht, zusätzliche Funktionen einzubauen oder den Vertragsgegenstand ohne Benachrichtigung and BMW zu ändern.
- 4.2 Soweit eine Änderung eine Kostenmehrung oder -minderung und/oder Terminüberschreitung nach sich zieht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, hierauf gleichzeitig mit seinem Änderungsvorschlag oder unverzüglich nach Eingang des Änderungsverlangens von BMW hinzuweisen und ein entsprechendes Nachtragsangebot vorzulegen. Die Änderung erfolgt auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung, in der die Vergütung der Mehrkosten oder die Berücksichtigung der Minderkosten sowie der Terminplan festgelegt werden.
- 4.3 .

5. Abnahme

- 5.1 Soweit die zu erbringende Leistung in einer Werkleistung oder Werklieferung besteht, ist eine förmliche Abnahme erforderlich. Nach Vorliegen der Fertigstellungsanzeige des Auftragnehmers und Übergabe aller zur Leistungserbringung gehörenden Unterlagen führt BMW die Abnahme durch. Falls die Überprüfung der erbrachten Leistung des Auftragnehmers eine Inbetriebnahme oder Ingebrauchnahme zu Testzwecken erfordert, so erfolgt die Abnahme erst nach erfolgreichem Abschluss der Tests.
- 5.2 Über die Abnahme wird ein förmliches Abnahmeprotokoll erstellt. Die formale Abnahme unterbleibt jedoch so lange, bis der Auftragnehmer festgestellte Mängel beseitigt hat. Die Mängelbehebung hat unverzüglich, spätestens innerhalb einer von BMW gesetzten Frist zu erfolgen. Wegen unwesentlicher Mängel kann die Abnahme nicht verweigert werden.
- 5.3 Jegliche Fiktion der Abnahme ist ausgeschlossen. Die betriebsbereite Übergabe der erbrachten Leistung stellt keine Abnahme dar. Zahlungen durch BMW bedeuten nicht, dass BMW die Leistung abgenommen hat.
- 5.4 Es besteht kein Anspruch auf Teilabnahmen.

6. Kündigung

- 6.1 BMW kann, sofern die Leistungserbringung in einer Werkleistung besteht, den Vertrag oder in sich abgrenzbare Teile desselben jederzeit kündigen. Sonstige und weitergehende Kündigungsgründe der Parteien, z.B. auf gesetzlicher Grundlage, bleiben unberührt.
- 6.2 Hat der Auftragnehmer die Kündigungsgründe zu vertreten, hat BMW nur die bis dahin vertragsgemäss erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten, sofern diese für BMW wertbar sind. Schadensersatzansprüche von BMW bleiben unberührt.
- 6.3 Hat der Auftragnehmer die Kündigungsgründe nicht zu vertreten, ersetzt BMW dem Auftragnehmer die ihm bis zur Vertragsbeendigung nachweislich entstandenen und unmittelbar aus dem Auftrag resultierenden Aus-

- gaben, einschliesslich der Kosten, die aus nicht lösbaren Verbindlichkeiten resultieren. Darüber hinausgehende Erfüllungs- oder Schadensersatzansprüche stehen dem Auftragnehmer anlässlich der Kündigung nicht zu.
- 6.4 Die Schutz- und/oder Nutzungsrechte an den bis zur Kündigung geschaffenen Arbeitsergebnissen gehen gemäss Klausel 13 („Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte/Arbeitsergebnisse“) auf BMW über.
- 6.5 Das Recht zur ausserordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund ist insbesondere anzunehmen, wenn
- a) der Auftragnehmer oder ein von ihm unmittelbar oder mittelbar beauftragter Unterauftragnehmer eine einschlägige gesetzliche Bestimmung nicht einhält oder verletzt und BMW deshalb eine Fortsetzung der Zusammenarbeit unter Berücksichtigung aller Umstände und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen nicht zumutbar ist, oder
 - b) der Auftragnehmer einem anderen Unternehmensrepräsentanten (insbesondere einem BMW Mitarbeiter) oder einem Amtsträger Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat, die geeignet sein könnten, diesen im Zusammenhang mit der Verhandlung, Entscheidung oder der Durchführung des Vertrages unangemessen zu beeinflussen.
- 6.6 BMW und der Auftragnehmer kann den jeweiligen Vertrag durch entsprechende Mitteilung in Schriftform ausserordentlich kündigen, wenn (i) Umstände in der Person der anderen Vertragspartei vorliegen, welche erwarten lassen, dass diese ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag dauerhaft nicht mehr nachkommen kann oder (ii) wesentliche Verschlechterungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen der anderen Vertragspartei eintreten, insbesondere wenn Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung droht oder der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zurückgewiesen bzw. die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt worden ist.

7. Lieferzeiten und Verzug

- 7.1 Bei Terminangaben nach Kalenderwochen oder -monaten gilt jeweils der erste Werktag als verbindlich vereinbart. Die im Rahmen der Beauftragung angegebenen Termine (auch Einzeltermine) sind verbindlich und bei Verzug des Auftragnehmers durch kostenlose Mehrarbeit, auch ausserhalb der regulären Arbeitszeit soweit zulässig, abzusichern. Der Auftragnehmer erkennt an, dass Liefertermine und -mengen von wesentlicher Bedeutung für die Vertragserfüllung sind und BMW deshalb eine Warenlieferung ganz oder teilweise zurückweisen und/oder an den Auftragnehmer auf dessen Kosten zurücksenden kann, wenn die Lieferung vor oder nach dem Liefertermin oder in abweichender Menge erfolgt als in der Bestellung und/oder dem Lieferabruf angegeben. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko entlang der Lieferkette, soweit die Parteien nicht etwas anderes vereinbart haben. Im Übrigen finden die gesetzlichen Verzugsregelungen Anwendung
- 7.2 Sofern der Vertrag eine Vertragsstrafe vorsieht, kann BMW einen darüber hinausgehenden Schadensersatzanspruch geltend machen. Das Recht, die Zahlung einer vereinbarten Vertragsstrafe zu verlangen, wird nicht dadurch verwirkt, dass die Vertragsstrafe bei Abnahme der Leistung nicht ausdrücklich vorbehalten wurde.
- 7.3 Vorgenannte Regelungen gelten auch für den Fall, dass der Auftragnehmer Teil- oder Gesamtleistungen zwar fristgerecht, aber nicht abnahmefähig erbringt.
- 7.4 Bei vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Verzögerungen hat der Auftragnehmer auf Antrag Anspruch auf angemessene Verlängerung der Vertragstermine. Bei von BMW zu vertretenden Verzögerungen hat der Auftragnehmer Anspruch auf Erstattung seiner hierdurch entstandenen Kosten (ohne entgangenen Gewinn).
- 7.5 Der Auftragnehmer hat BMW jede Termingefährdung unverzüglich schriftlich mitzuteilen, auch wenn er davon ausgeht, dass BMW die Umstände und Gründe bereits bekannt sind.
- 7.6 Eine Partei ist von ihrer Leistungspflicht befreit, solange und soweit ihr in Folge höherer Gewalt die Erbringung der jeweiligen Leistung nicht möglich ist. Als höhere Gewalt gilt jedes ausserhalb des Einflussbereichs der nicht leistungsfähigen Partei liegende und auch bei Anwendung äusserster Sorgfalt nicht abwendbare und nicht vorhersehbare Ereignis.

8. Vertretungsbefugnis

- 8.1 Der Auftragnehmer darf BMW rechtsgeschäftlich nicht vertreten, es sei denn, BMW hat ihn schriftlich dazu bevollmächtigt. Er ist jedoch berechtigt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemässen Ausführung der beauftragten Leistungen und zur Sicherstellung eines einwandfreien Projektablaufes notwendig sind und keine negativen Auswirkungen qualitativer, terminlicher und finanzieller Art für BMW haben. Dies gilt auch für Erklärungen, die für die Leistungserbringung zur Koordinierung und Betreuung der Leistung sachlich notwendig sind. Insbesondere ist der Auftragnehmer beauftragt und ermächtigt, BMW gegenüber am Projekt beteiligten Dritten bei der Rüge von Mängeln, bei der Setzung von Fristen sowie bei Abruf und Mahnung von Leistungen zu vertreten.

- 8.2 Von BMW mit Planungs- und/oder Überwachungsaufgaben betraute Dritte sind nicht befugt, BMW rechtsgeschäftlich zu vertreten. Diese Dritten sind insbesondere nicht berechtigt, Ausführungsfristen zu verlängern, Rechnungsbeträge, Werklohnforderungen, Regiestunden, Aufmasse o. ä. rechtlich anzuerkennen.
- 8.3 BMW ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Lieferungen in Abwesenheit des Auftragnehmers für diesen entgegenzunehmen; BMW haftet jedoch auch bei schriftlicher Empfangsbestätigung nicht für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Lieferungen. Sämtliche Risiken der Verwahrung trägt der Auftragnehmer.

9. Vergütung, Rechnungsstellung und Zahlung

- 9.1 Alle Preise sind Netto-Festpreise zuzüglich ggf. gesetzlich geschuldeter Mehrwertsteuer und schliessen, soweit nichts Abweichendes vereinbart wird, sämtliche Nebenkosten (wie z.B. Transport- und Installationskosten, Reisekosten, Zuschläge, Pauschalen) mit ein. Die Preise gelten unverändert bis zum Abschluss aller vertraglich zu erbringenden Leistungen.
- 9.2 Durch Zahlung der vereinbarten Vergütung an den Auftragnehmer sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers einschliesslich aller zu übertragender oder einzuräumender Rechte abgegolten.
- 9.3 Auf Verlangen von BMW sind alle Abrechnungsdokumente elektronisch zu übermitteln („BMW eInvoicing“, abrufbar unter B2B-Portal > Anwendungen > eDocument Portal). Die möglichen Übertragungsvarianten werden von BMW vorgegeben.
- 9.4 BMW kann die Abrechnung im Rahmen des Gutschriftsverfahrens verlangen. Die Gutschriftsanzeige wird auf Basis der erfolgten Wareneingänge bzw. Leistungsbestätigungen durch BMW erstellt und an den Auftragnehmer übermittelt. Die Erstellung einer Rechnung gemäss Klausel 9.5 durch den Auftragnehmer ist in diesem Fall nicht erforderlich.
- 9.5 Erfolgt die Fakturierung nicht mittels Gutschriftsanzeige, so hat der Auftragnehmer im Rechnungsverfahren eine Handelsrechnung zu übermitteln. Bei Importlieferungen hat der Auftragnehmer eine Handelsrechnung in englischer Sprache und in zweifacher Ausführung den Warenbegleitpapieren für Zollzwecke beizufügen. Die Handelsrechnung muss die gemäß Klausel 9.5 geforderten Angaben enthalten:.
- a) Die Originalrechnung ist an die bei BMW für die kreditorische Abrechnung zuständige Abteilung zu adressieren.
 - b) Der Auftragnehmer hat folgende Angaben auf seiner Rechnung zu machen, da diese sonst zurückgewiesen wird:
 - Vollständiger Name und Anschrift des Auftragnehmers und Leistungsempfängers
 - Steuer- oder Mehrwertsteueridentifikationsnummer des Auftragnehmers
 - Bestellnummer
 - Fortlaufende und eindeutige Rechnungsnummer
 - Ausstellungs- bzw. Rechnungsdatum
 - Zeitpunkt der Lieferung der Waren oder Erbringung der beauftragten Leistung
 - Handelsübliche Bezeichnung der Lieferung/Leistung
 - Mengenangabe
 - Nettobetrag, nach Steuersätzen aufgeschlüsselt
 - Steuersatz, Steuerbetrag (nach Steuersätzen aufgeschlüsselt)
 - Bei Abrechnungen ohne USt den Grund der Steuerbefreiung und den Hinweis auf die entsprechende Regelung der Steuergesetzgebung.
 - Lieferschein oder Referenzdokument (z.B. Leistungsbeschreibung) des Auftragnehmers.
 - Jede im Voraus vereinbarte Minderung des Entgelts, sofern sie nicht bereits im Entgelt berücksichtigt ist; niedrigerer Umsatzsteuer-Betrag muss ausgewiesen werden.
 - Bei Werkzeugen:
 - Werkzeugstandort inkl. vollständiger Anschrift (je Werkzeugstandortland ist eine separate Rechnung erforderlich).
 - Es ist anzugeben, ob es sich um einen Eigentumserwerb, eine Werkzeugkostenbeteiligung oder um ein Nutzungsrecht handelt.

- c) Eine Rechnung, die die in Klausel 5 geforderten Angaben nicht enthält, kann BMW zurückweisen und den Auftragnehmer darüber informieren; Kosten, die BMW dadurch entstehen, trägt der Auftragnehmer. Die Zahlungsfrist beginnt dann erst an dem Tag, an dem BMW eine neue, prüffähige, ordnungsgemässe und den Anforderungen der Klausel 9.55 entsprechende Rechnung zugeht.
- 9.6 Jede Änderung des (i) Zahlungsempfängers, (ii) Rechnungsstellers oder (iii) Bestellempfängers bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch BMW. Jede Änderung im Waren- oder Rechnungsweg vom Warenursprung bis zu BMW muss gegenüber BMW im Voraus schriftlich angezeigt werden. Kosten, die BMW aus der Nichtbeachtung der Anforderungen gemäss dieser Klausel 9.6 entstehen, sind vom Auftragnehmer zu tragen. .
- 9.7 .Die Bezahlung vertragsgemäss erbrachter Leistungen erfolgt innerhalb der in der BMW Bestellung vereinbarten Zahlungsfrist:
- a) Für den Fall der Abrechnung mittels Gutschriftsanzeige gemäß Klausel 9.4 ist für die Berechnung des Beginns der Zahlungsfrist der Wareneingang am Bedarfsort oder die Abnahme mit Leistungsbestätigung massgeblich.
- b) Für den Fall, dass die Abrechnung nicht mittels Gutschriftsanzeige erfolgt, ist für die Berechnung des Beginns der Zahlungsfrist der Wareneingang am Bedarfsort oder die Abnahme mit Leistungsbestätigung sowie jeweils der Zugang einer ordnungsgemässen, prüffähigen und den Anforderungen von BMW gemäss Klausel 9.5 entsprechenden Rechnung massgeblich.
- c) Für die Berechnung des Beginns der Zahlungsfrist gilt eine Leistung, die vor dem vereinbarten Termin erbracht wird, erst zum Zeitpunkt des vereinbarten Termins als erbracht.
- 9.8 Verlangt BMW die Vorlage eine Garantie, hat der Auftragnehmer diese zeitlich unbefristet und nach Massgabe des entsprechenden BMW Formulars zu stellen, das im B2B-Portal > Login > Fachbereiche > Einkauf > Einkauf indirektes Material > Bürgschaften abgerufen werden kann oder auf Wunsch zugesandt wird. Die Bürgschaft ist nach Wahl von BMW grundsätzlich durch eine Großbank oder Versicherung zu stellen. Der Bürge hat je nach Inhalt der Bürgschaft für alle etwaigen Ansprüche aus einer von BMW geleisteten Vorauszahlung, nicht vertragsgemässer Auftragsausführung, Abrechnung oder Gewährleistung zuzüglich etwaiger Nebenkosten wie Zinsen und Kosten jeder Art, die auf die gesicherte Hauptforderung anfallen oder durch deren Geltendmachung entstehen, zu haften. Die Bürgschaft ist unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit, Aufrechnung und Vorausklage sowie unter Ausschluss einer Hinterlegungsmöglichkeit zu erklären. Auf die Einrede der Anfechtbarkeit und Aufrechenbarkeit muss nicht verzichtet werden, soweit das Anfechtungsrecht oder die Forderung des Auftragnehmers durch BMW nicht bestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist. Auf die Einrede der Anfechtbarkeit muss ferner nicht verzichtet werden, wenn dem Auftragnehmer ein Anfechtungsgrund zusteht.
- 9.9 Die Zahlung erfolgt nach Wahl von BMW durch Überweisung oder Scheck. Sämtliche Zahlungen erfolgen vorbehaltlich einer späteren Nachprüfung und eventuellen Geltendmachung von Rückforderungen nebst Zinsansprüchen. Der Auftragnehmer kann sich daher z. B. nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung berufen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, aktuell gültige Bankdaten zur Verfügung zu stellen und auf Anfrage zu bestätigen. Überweisungsgebühren werden geteilt (Gebührenschlüssel „share“), sofern nicht anders vereinbart.
- 9.10 Die Bezahlung von Waren oder Leistungen durch BMW bedeutet nicht, dass diese als ordnungsgemäss anerkannt bzw. abgenommen gelten.
- 9.11 Die Forderung von BMW, die sich aus diesen AVB ergeben oder mit diesen im Zusammenhang stehen, sind sofort fällig, es sei denn, es wurde im Einzelfall etwas anderes vereinbart.
- 9.12 BMW ist berechtigt, eigene Forderungen sowohl gegen Forderungen des Auftragnehmers als auch gegen Forderungen, die der Auftragnehmer auf Dritte übertragen hat, aufzurechnen. BMW ist zudem berechtigt, eigene Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die dieser gegen eines oder mehrere der folgenden Unternehmen hat:
- BMW AG,
 - BMW Fahrzeugtechnik GmbH,
 - BMW Hams Hall Motoren GmbH,
 - BMW M GmbH,
 - BMW Motoren GmbH,
 - BMW Brilliance Automotive Ltd.,
 - BMW Mobility Development Center s.r.o.,
 - BMW (UK) Manufacturing Ltd.,
 - BMW Manufacturing Hungary Kft.,
 - Rolls-Royce Motor Cars Ltd.,
 - Swindon Pressings Ltd.,

- BMW Manufacturing Co., LLC.,
- BMW Consolidation Services Co., LLC.,
- BMW (South Africa) (Pty) Ltd.,
- BMW SLP, S.A. de C.V. (Mexico),
- BMW DO BRASIL LTDA,
- BMW OF NORTH AMERICA, LLC.

BMW ist ausserdem berechtigt, gegen Forderungen des Auftragnehmers auch mit Forderungen aufzurechnen, die einem der vorgenannten Unternehmen gegen den Auftragnehmer zustehen.

- 9.13 Der Auftragnehmer ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung von BMW nicht berechtigt, Forderungen abzutreten oder durch Dritte (z. B. Leasinggesellschaften, Banken) einziehen zu lassen oder seine Rechte und Pflichten einzeln oder insgesamt auf einen Dritten zu übertragen.

10. Steuern

- 10.1 Steuern umfassen alle gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben, Leistungen, Kosten und sonstige Gebühren jeder Art sowie Nebenleistungen wie Zinsen, Verzögerungsgelder, Verspätungszuschläge und -gelder, Säumniszuschläge und Zwangsgelder, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtung zu zahlen sind oder gezahlt werden.
- 10.2 BMW und der Auftragnehmer sind jeweils selbst für die Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten verantwortlich. Sollte eine Partei ihre steuerlichen Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten nicht erfüllen und sich dadurch für die andere Partei ein Verlust, Schaden oder anderer Nachteil ergeben, wird die erstgenannte Partei die andere Partei hiervon freistellen.
- 10.3 Sofern für die von BMW an den Auftragnehmer zu zahlenden Beträge Quellensteuer anfällt, wird diese entsprechend den anwendbaren Vorschriften von BMW einbehalten und für Rechnung des Auftragnehmers bzw. sofern die anwendbaren Steuervorschriften dies vorgeben, für Rechnungen des wirtschaftlich berechtigten Zahlungsempfängers an die jeweilszuständige Finanzbehörde entrichtet.

Auf Verlangen des Auftragnehmers und in Übereinstimmung mit anwendbaren deutschen Steuervorschriften stellt BMW dem Auftragnehmer eine ordnungsgemässe Steuerbescheinigung über die Entrichtung etwaiger Quellensteuern für Rechnung des Auftragnehmers bzw. sofern die anwendbaren Steuervorschriften dies vorgeben, für Rechnungen des wirtschaftlich berechtigten Zahlungsempfängers zur Verfügung.

Sofern ein anwendbares Doppelbesteuerungsabkommen oder andere Vorschriften eine Ermäßigung oder eine Befreiung vom Quellensteuerabzug vorsehen, behält BMW den ermässigten Betrag nur ein bzw. wendet BMW die Befreiung nur an, wenn der Auftragnehmer bzw. sofern die anwendbaren Steuervorschriften dies vorgeben, der wirtschaftlich berechnete Zahlungsempfänger BMW mindestens 10 Bankarbeitstage vor dem Zahlungstermin eine gültige Freistellungsbescheinigung bzw. den lokalen Steuervorschriften entsprechende andere Bescheinigung vorgelegt hat. Andernfalls wird BMW die Quellensteuern von den geschuldeten Beträgen abziehen und einbehalten, die gemäss dem gültigen Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz an die zuständige Finanzbehörde abzuführen sind.

Der Auftragnehmer bzw. sofern die anwendbaren Steuervorschriften dies vorgeben für Rechnung der wirtschaftlich berechnete Zahlungsempfänger, wird sämtlichen Bescheinigungs-, Informations-, Dokumentations- und anderen Verpflichtungen nachkommen, die für die Anwendung ermässiger Steuersätze oder Befreiungen nach dem anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen oder anderen Vorschriften erforderlich sind.

- 10.4 Der Auftragnehmer trägt sämtliche Steuern, die der Auftragnehmer im In- oder Ausland im Zuge des Einkaufs, Verbrauchs oder der Herstellung von Waren oder für die Nutzung von Dienstleistungen sowie durch Dienstreisen eigener Mitarbeiter auslöst, die für die Leistungserbringung erforderlich sind. Diese Steuern sind als Kosten im mit BMW vereinbarten Preis enthalten, soweit der Auftragnehmer kein Erstattungs-, Abzugs- oder Rückvergütungsanspruch dieser Steuern im In- oder Ausland hat. Der Auftragnehmer stellt BMW diese Steuern, soweit sie nicht im Preis enthalten sind, nicht zusätzlich in Rechnung. Hiervon ausgenommen ist die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

11. Zölle, Ursprung und Exportkontrolle

- 11.1 Der Auftragnehmer wird alle anwendbaren Gesetze und Vorschriften, insbesondere im Hinblick auf Zoll und Exportkontrolle (einschließlich US- und lokal anwendbares Exportkontrollrecht) sowie alle Anforderungen die Sicherheit der Lieferkette betreffend, einhalten.
- 11.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Anfrage von BMW alle erforderlichen Nachweise, zum Beispiel durch Zertifikate oder Erklärungen, zu erbringen (z.B. AEO Sicherheitserklärungen, Erklärungen im Rahmen von C-TPAT oder ähnlicher Programme), BMW im Rahmen von behördlichen Untersuchungen zu unterstützen und vergleichbare Sorgfalt gegenüber seinen Geschäftspartnern walten zu lassen.

11.3 BMW ist berechtigt, die Leistung aus dem Vertrag im Rahmen der Geschäftsbeziehung zu verweigern, soweit der Auftragnehmer gegen Vorschriften i. S. von Klausel 11.1 verstösst und die Vertragsdurchführung durch BMW deswegen zu einem Rechtsverstoß von BMW führen würde. Das gleiche gilt ungeachtet einer Zuwiderhandlung durch den Auftragnehmer, wenn BMW durch die Vertragsdurchführung gegen Vorschriften i. S. von Klausel 11.1 verstossen würde. Für diese Fälle verzichtet der Auftragnehmer auf etwaige Schadens- oder sonstige Ansprüche in Zusammenhang mit der berechtigten Ausübung des Leistungsverweigerungsrechts durch BMW.

11.4 Der Auftragnehmer muss BMW

a) auf mögliche Exportbeschränkungen hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen hinweisen (z.B. Einreichungen gemäss der Dual-Use-Verordnung oder vergleichbaren Regel

b) informieren, sofern und soweit die Waren und Technologien einer Export-/Re-Export-Genehmigung nach US Recht unterliegen und

c). die massgebliche Klassifizierungsnummer (z.B. die ECCN- Export Control Classification Number für US Produkte, die „AL-Nummer“ der in der deutschen Ausfuhrliste oder in der EG-Dual-Use-VO aufgeführten Waren, etc.) mitteilen sowie

d) über mögliche Ausnahmegenehmigungen für Waren und Fertigungsmittel zu informieren.

Die genannten Hinweise und Informationen hat der Auftragnehmer an die Außenhandels-/Zollabteilung von BMW (Ansprechpartner siehe unter B2B-Portal > Login > Fachbereiche > Finanzen > Exportkontrolle) zu senden. Auf Wunsch des Auftragnehmers wird BMW dem Auftragnehmer die erforderlichen Erklärungen / Mitteilungen zur Verfügung stellen.

11.5 Der Auftragnehmer hat BMW mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen, die zur Reduzierung oder Minimierung der Zahlungsverpflichtungen von BMW führen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bestehende Zollaussetzungen oder Strafzölle (z. B. „Exclusions“ gemäss dem US-Recht) zu prüfen und BMW diese mitzuteilen. Sofern Zollaussetzungen anwendbar sind, sind diese zu beantragen. Auf Anfrage von BMW verpflichtet sich der Auftragnehmer in enger Abstimmung mit BMW, insbesondere in der EU, Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung gemäss Art. 210 der VO (EU) Nr. 952/2013 (Europäischer Zollkodex) zu implementieren oder Erklärungen (Affidavits) nach drittländischem Zollrecht abzugeben. Sollte der Auftragnehmer an einem US Foreign Trade Zone-, MX IMMEX- oder vergleichbarem Programm (nachfolgend „Programme“) teilnehmen, so verpflichtet sich der Auftragnehmer gegenüber BMW Group AVB für den Indirekten Einkauf Stand 11/2022 DID-DE-3030385 Seite 13 von 21 BMW, alle anwendbaren Rechtsnormen und Regularien in Zusammenhang mit diesen Programmen einzuhalten, sowie BMW alle zur Einhaltung seiner Pflichten erforderlichen Informationen fristgerecht, in korrekter Form und dem Inhalt nach vollständig und richtig zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich des Weiteren, BMW in Schriftform auf anwendbare Antidumpingmaßnahmen (z. B. für Aluminium, Stahl) und Strafzölle bei der Einfuhr in die entsprechenden Einfuhrländer hinzuweisen.

11.6 Soweit der Auftragnehmer Leistungen erbringt, die im Empfängerland zu Präferenzbedingungen eingeführt werden können, hat der Auftragnehmer jeder Lieferung einen präferenziellen Ursprungsnachweis (z.B. Warenverkehrsbescheinigungen, „EUR 1- oder EUR-MED etc.) odern nicht-frömlichen Präferenznachweis (z.B. Erklärung zum Ursprung, Ursprungserklärung) beizufügen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Sind andere als die präferenziellen Ursprungsnachweise aufgrund nationaler Einfuhrbestimmungen im Empfängerland erforderlich, sind diese BMW ebenfalls durch den Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen.

11.7

Für alle im Zusammenhang mit Zöllen auftretenden Fragen und Anweisungen hat sich der Auftragnehmer mit der zuständigen Zollabteilung von BMW in Verbindung zu setzen.

Soweit nicht anders vereinbart, erfolgt die Zollabfertigung im Exportland durch den Auftragnehmer und im Importland durch BMW. Führt der Auftragnehmer die Zollabfertigung im Importland ohne vorherige schriftliche Zustimmung von BMW durch, so handelt er in eigenem Namen und für eigene Rechnung. Dies gilt auch dann, wenn er vorgibt im Namen und für Rechnung von BMW zu handeln, jedoch keine Vertretungsmacht besitzt..

12. Gewährleistung

12.1 Die Gewährleistung richtet sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sofern nichts anderes vereinbart ist. Unabhängig davon ist BMW berechtigt, zunächst kostenlose Mängelbeseitigung oder Lieferung mangelfreier Liefergegenstände zu verlangen. Ist der Auftragnehmer hiermit in Verzug, so kann BMW den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen.

- 12.2 Mängel der erbrachten Leistung wird BMW, sobald sie im Rahmen eines ordnungsgemässen Geschäftsablaufs festgestellt werden, dem Auftragnehmer mitteilen. Insoweit verzichtet der Auftragnehmer auf den Einwand verspäteter Mängelrüge.
- 12.3 Die Mängelrüge durch BMW unterbricht die Gewährleistungsfrist hinsichtlich der mangelhaften Leistung. Nach der Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für die betroffene Leistung wieder neu zu laufen.

13. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte

- 13.1 Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass
- a) die erbrachten Leistungen frei von Schutzrechten Dritter sind, die die Nutzung der Leistung durch BMW und/oder die BMW Group ausschliessen oder beeinträchtigen und
 - b) ihm die Befugnis zur Übertragung bzw. Einräumung entsprechender Nutzungsrechte an die BMW Group zusteht.
- 13.2 Der Auftragnehmer stellt die BMW Group von allen Ansprüchen Dritter, einschliesslich beteiligter Urheber frei, die gegen die BMW Group wegen der Verwendung der vom Auftragnehmer erbrachten Leistung geltend gemacht werden. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer das Bestehen von Rechten Dritter weder kannte noch erkennen konnte. Der Auftragnehmer wird erforderliche Rechtsstreitigkeiten nach Möglichkeit selbst im eigenen Namen und auf eigene Kosten führen. Hiervon unberührt bleibt das Recht von BMW, nach den gesetzlichen Bestimmungen Schadensersatz zu verlangen und vom Vertrag zurückzutreten.
- 13.3 Soweit nicht anders vereinbart, gehen alle im Rahmen der Leistungserbringung entstandenen materiellen und immateriellen Ergebnisse („Arbeitsergebnisse“) ohne weitere Bedingung und ohne zusätzliches Entgelt auf die BMW AG über. Sollte deren Übertragung rechtlich nicht möglich sein, erteilt der Auftragnehmer der BMW AG hieran ein ausschliessliches, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes, übertragbares, unterlizenzierbares, weltweites, unwiderrufliches und kostenfreies Nutzungsrecht.
- 13.4 Soweit nichts anderes vereinbart und soweit von der BMW Group benötigt, um die erbrachten Leistungen (einschliesslich eines Arbeitsergebnisses) kommerziell nutzen zu können, räumt der Auftragnehmer an den hierzu erforderlichen Schutzrechten bzw. schutzrechtsähnlichen Rechtspositionen hiermit der BMW AG ein nicht ausschliessliches, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes, übertragbares, an Dritte zum Zwecke der Lieferung von Produkten oder Erbringung von Dienstleistungen an Unternehmen der BMW Group sowie an Unternehmen der BMW Group unterlizenzierbares, weltweites, unwiderrufliches und kostenfreies Nutzungsrecht ein.
- 13.5 Sofern der Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung Software erstellt oder anpasst, sind Nutzungsrechte, gewerbliche Schutzrechte und schutzrechtsähnliche Rechtspositionen gemäß Klausel 13.3 nicht auf den Objektcode beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf den Quellcode und die Dokumentation der erstellten und angepassten Programme.
- 13.6 Sollte nicht die BMW AG, sondern eine andere Gesellschaft der BMW Group im Einzelfall aufgrund dieser AVB Waren oder Leistungen beauftragen, wird die BMW AG durch diese Gesellschaft gegenüber dem Auftragnehmer bei dem Erwerb bzw. der Lizenzierung gemäss Klauseln 13.3 bzw. 13.4 vertreten. .

14. Datenschutz

- 14.1 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle mit der Leistungserbringung betrauten Personen die gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz (DSGVO, DSG bzw. DSV), insbesondere bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, beachten.
- 14.2 Soweit der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten verarbeitet, verpflichtet er sich, eine Vereinbarung über eine Datenverarbeitung im Auftrag mit BMW, die ihm von BMW zur Verfügung gestellt wird, abzuschliessen sowie dafür Sorge zu tragen, dass etwaige weitere erforderliche Vereinbarungen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten auch durch seine Unterauftragnehmer abgeschlossen werden. Es kann dabei in Einzelfällen erforderlich sein, dass diese direkt zwischen BMW und den Unterauftragnehmern abgeschlossen werden müssen.
- 14.3 Soweit im Rahmen von der Leistungserbringung personenbezogene Daten im Drittland verarbeitet werden, wird der Auftragnehmer die Vorschriften des Kapitels V der EU Datenschutz-Grundverordnung bzw. die Bestimmungen zur Datenbekanntgabe ins Ausland gemäss DSG/DSV, etwa durch die Umsetzung geeigneter technischer und organisatorischer Massnahmen. Der Auftragnehmer wird im Rahmen des Zumutbaren BMW die verfügbaren und relevanten Informationen zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um die anwendbaren rechtlichen Anforderungen, insbesondere die Anforderungen der DSGVO bzw. DSG/DSV, betreffend die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Stellen ausserhalb der EU/des EWR zu erfüllen. Hierzu gehören auf Anfrage von BMW etwa Angaben des Auftragnehmers im Kontext des BMW Fragebogens zum

internationalen Datentransfer sowie Informationen zu geltenden Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten im Bestimmungsdrittland zum Schutz personenbezogener Daten i. S. d. sich aus dem EuGH-Urteil Rs. C-311/18 („Schrems II“) ergebenden Anforderungen.

- 14.4 Soweit im Rahmen von der Leistungserbringung ein Transfer von personenbezogenen Daten von einer Partei in der EU/dem EWR in ein Drittland erfolgt, werden die Parteien vor Beginn des Transfers das angemessene Modul der Standardvertragsklauseln 2021/914/EU vereinbaren. Dies gilt nicht, sofern die EU Kommission für das Bestimmungsdrittland einen Angemessenheitsbeschluss i. S. d. Art. 45 DSGVO erlassen hat, oder der Drittlandtransfer durch andere geeignete Garantien i. S. d. Kapitels V der DSGVO abgesichert wird. In diesem Zusammenhang ist jeweils auch die geltende Staatenliste der sicheren Drittländer des EDÖB (Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter zu berücksichtigen).

15. Rechte an BMW Daten

15.1 „**BMW Daten**“ im Sinne dieser AVB sind Daten, die

- a) ein Unternehmen der BMW Group dem Auftragnehmer selbst oder durch einen beauftragten Dritten überlässt,
 - b) der Auftragnehmer im Auftrag von BMW erzeugt,
 - c) der Auftragnehmer ohne Auftrag von BMW im Zusammenhang mit der Leistungserbringung erzeugt, aber auf Datenträgern speichert, die im Zeitpunkt der Speicherung erkennbar im Eigentum oder Besitz der BMW Group stehen,
 - d) im Zusammenhang mit der Leistungserbringung aus einer Verarbeitung von Daten im Sinne der Klauseln 15.1 bis c) hervorgehen, oder
 - e) der Auftragnehmer durch eine Handlung gemäss den Klauseln 15.4 c) bis d) erzeugt oder sich verschafft.
- Dem Überlassen von Daten im Sinne dieser AVB steht das Zugänglichmachen von Daten, dem Erzeugen von Daten im Sinne dieser AVB das Erheben von Daten gleich.

15.2 Unternehmen der BMW Group sind im Verhältnis zum Auftragnehmer vorbehaltlich datenschutzrechtlicher oder sonstiger zwingender Bestimmungen berechtigt, die BMW Daten nach freiem Ermessen und ohne räumliche, zeitliche oder inhaltliche Beschränkung zu nutzen, insbesondere diese zu vervielfältigen, zu verarbeiten, Dritten zu überlassen oder zu verwerten.

15.3 Der Auftragnehmer ist berechtigt, BMW Daten

- a) im Sinne der Klauseln 15.1 a) bis d) zu nutzen, soweit dies für die Leistungserbringung erforderlich ist,
- b) im Sinne der Klauseln 15.1 a) bis d) Unterauftragnehmern zu überlassen, soweit dies für die Leistungserbringung erforderlich ist und sofern er ihnen vor Weitergabe diesen AVB entsprechende Pflichten auferlegt hat,
- c) Dritten zu überlassen, soweit dies aufgrund zwingender gerichtlicher, behördlicher oder gesetzlicher Vorschriften oder Anordnungen erforderlich ist, wobei dies so gering wie möglich zu halten ist und der Auftragnehmer BMW vor der beabsichtigten Weitergabe schriftlich informieren muss, es sei denn, dies ist nicht zumutbar,
- d) Behörden oder im Falle eines Rechtsstreits mit BMW Gerichten zu überlassen, soweit dies zur Durchsetzung seiner Rechte oder zur Verteidigung gegen Ansprüche erforderlich ist,
- e) seinen berufsmässig zur Verschwiegenheit verpflichteten Beratern (z.B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und/oder Steuerberater) zu überlassen, soweit dies zur Erbringung von Beratungsleistungen eines solchen Beraters erforderlich ist und er dafür sorgt, dass der Berater die BMW Daten nicht an Dritte weitergibt oder verwertet.

Rechte des Auftragnehmers an Daten, die der Auftragnehmer selbst für die Leistungserbringung beistellt, die aber nicht als BMW Daten gelten, bleiben unberührt.

15.4 Soweit nicht nach Klausel 15.3, durch eine Rechtsvorschrift oder durch ausdrückliche Zustimmung von BMW dazu berechtigt, ist dem Auftragnehmer untersagt,

- a) BMW Daten ohne Auftrag von BMW Dritten zu überlassen,
- b) sich BMW Daten, insbesondere mittels Funktionen im Sinne von Klausel 16.1, ohne Auftrag von BMW zu verschaffen oder diese zu vervielfältigen,

- c) Daten ohne Auftrag von BMW im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu erzeugen, sofern sich diese auf Gegenstände (z.B. Maschinen) beziehen, die im Zeitpunkt der Erzeugung der Daten erkennbar im Eigentum oder Besitz der BMW Group stehen,
 - d) Daten ohne Auftrag von BMW im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu erzeugen oder sich zu verschaffen, die sich auf BMW Fahrzeuge und/oder im Zusammenhang mit diesen verwendeten Komponenten , deren Status und/oder Umgebung beziehen.
- 15.5 Verletzt der Auftragnehmer eine Pflicht aus Klausel 15.4, steht BMW neben den sonstigen vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen (insbesondere auf Unterlassung, Beseitigung und Schadensersatz) auch ein Anspruch auf Auskunft über die vorhandenen Daten und deren Verwendung zu.
- 15.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen von BMW die BMW Daten vollständig und für BMW unentgeltlich an BMW herauszugeben oder – soweit dies dem Auftragnehmer weder möglich noch zumutbar ist – BMW Zugang zu den Datenträgern zu verschaffen, auf denen diese BMW Daten gespeichert sind.
- 15.7 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich nach Ende des Vertrages sämtliche BMW Daten so zu vernichten, dass eine Rekonstruktion dieser Daten ausgeschlossen ist, und BMW anschließend auf Verlangen unverzüglich und in Schriftform die durchgeführte Vernichtung zu bestätigen. Dies gilt nicht für routinemässig angefertigte Sicherheitskopien von elektronisch ausgetauschten BMW Daten, die der Auftragnehmer aber nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung von BMW nutzen darf.
- 15.8 Falls in Abweichung der Leistungserbringung ein Transfer von personenbezogenen Daten von einer Partei in der EU/dem EWR in ein Drittland erfolgt, werden die Parteien vor Beginn des Transfers das angemessene Modul der Standardvertragsklauseln 2021/914/EU vereinbaren. Dies gilt nicht, sofern die EU Kommission für das Bestimmungsland einen Angemessenheitsbeschluss i. S. d. Art. 45 DSGVO erlassen hat, oder der Drittlandtransfer durch andere geeignete Garantien i. S. d. Kapitels V der DSGVO abgesichert wird.
- 15.9 Dem Auftragnehmer steht gegenüber den Ansprüchen von BMW auf Vernichtung oder Herausgabe von BMW Daten kein Recht zur Zurückbehaltung zu.
- 15.10 Durch diese Klausel 15 („Rechte an Daten“) weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden insbesondere
- a) Rechte der BMW Group aus Sacheigentum oder Besitz,
 - b) Rechte aus Schutzrechten, insbesondere aus Urheberrechten, sowie übertragene oder eingeräumte Nutzungsrechte oder erteilte Erlaubnisse,
 - c) Gesetze und Vereinbarungen, welche für den Auftragnehmer Geheimhaltungspflichten oder Verwertungsverbote begründen,
 - d) Rechte im Hinblick auf personenbezogene Daten (Datenschutzrecht) sowie
 - e) Rechte an Arbeitsergebnissen gemäss Klausel 13.
- 15.11 Die in dieser Klausel 15 („Rechte anBMW Daten“) enthaltenen Regelungen gelten auch nach Ablauf oder Beendigung eines Vertrags fort.

16. Informationssicherheit

- 16.1 Die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzte und gelieferte Software und Hardware darf keine Funktionen enthalten, die der Auftragnehmer nach dem Stand der Technik hätte erkennen können und die die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der vertraglich vereinbarten Leistungen, anderer Hard- und/oder Software oder von Daten gefährden, insbesondere keine Funktionen

- a) zum Unerwünschten Absetzen/Ausleiten von Daten,
- b) zur Unerwünschten Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
- c) zum Unerwünschten Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.

„Unerwünscht“ in diesem Sinne ist eine Funktion, die

- BMW nicht gefordert hat,
- der Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Funktion und ihrer Auswirkungen nicht angeboten hat und
- die BMW auch nicht im Einzelfall schriftlich akzeptiert hat.

- 16.2 BMW Daten sind als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der BMW Group zu behandeln. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, BMW Daten und eigene, für die Leistungserbringung notwendige Daten nach industrieüblichem Standard gegen unberechtigten Zugriff, Veränderung, Zerstörung und sonstigen Missbrauch zu sichern („**Informationssicherheit**“) und den Stand der Technik entsprechende technische und organisatorische Massnahmen zur Absicherung der Informationssicherheit durchzuführen. Auf Anforderung von BMW hat der Auftragnehmer die Umsetzung dieser Massnahmen (z. B. ISO/IEC 27001, ISO/IEC 62443, ISO/SAE 21434) ohne zusätzliche Vergütung nachzuweisen.

Insbesondere hat der Auftragnehmer BMW Daten (mit Ausnahme von E-Mail Kommunikation) streng von Daten anderer Auftraggeber zu trennen und getrennt zu behandeln sowie entsprechende Schutzmechanismen gegen den Zugriff anderer Auftraggeber auf BMW Daten zu treffen. Soweit die Sicherung von BMW Daten Teil der Leistungserbringung ist, hat der Auftragnehmer hierbei sämtliche Vorkehrungen nach dem aktuellen Stand der Technik zu beachten, um diese Daten jederzeit rechtssicher und verlustfrei wieder herstellen zu können.

- 16.3 Je nach Art und Schutzbedarf der betreffenden BMW Daten oder der Bedeutung der Leistungen des Auftragnehmers für den Geschäftsbetrieb der BMW Group kann BMW vom Auftragnehmer ein besonderes Mass an Sicherungsmassnahmen sowie einen von BMW vorgegebenen Nachweis über ein angemessenes Informationssicherheitsniveau im Betrieb des Auftragnehmers verlangen, insbesondere durch Vorlage geeigneter Zertifikate (z.B. ISO/IEC 27001 „Informationstechnik - IT-Sicherheitsverfahren - Informationssicherheits-Managementsysteme – Anforderungen“) oder einer Testierung nach dem VDA-Modell „TISAX“ (Trusted Information Security Assessment Exchange). Die Parteien können für die erstmalige Testierung eines Standorts nach „TISAX“ eine angemessene Frist vereinbaren.
- 16.4 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass im Rahmen der Leistungserbringung keine möglicherweise Schaden stiftende Software (z.B. Viren, Würmer oder Trojaner) zum Einsatz kommt, z.B. in mitgelieferten Treibern oder Firmware. Dies hat der Auftragnehmer in geeigneter Form zu überprüfen und auf Anforderung von BMW schriftlich zu bestätigen, dass er bei dieser Prüfung keine Hinweise auf Schaden stiftende Software gefunden hat.
- 16.5 Erlangt der Auftragnehmer Kenntnis von einem Vorfall, der eine Verletzung der Informationssicherheit zum Gegenstand hat (z.B. Sicherheitslücken, Datenverluste, Störfälle, Gefährdungen, Befall durch Schaden stiftende Software, Datenmissbrauch) und BMW betreffen könnte, insbesondere in Form eines unberechtigten Zugriffs Dritter auf BMW Daten (z.B. Datenleck oder Cyber-Attacke), (nachfolgend „**Informationssicherheitsvorfall**“) oder bestehen Anhaltspunkte für den Auftragnehmer, die bei verständiger Würdigung den Verdacht eines solchen Informationssicherheitsvorfalls begründen, hat der Auftragnehmer unverzüglich und für BMW ohne zusätzliche Vergütung
- a) BMW hierüber zu informieren und
 - b) alle notwendigen Schritte zur Sachverhaltsaufklärung und Schadensbegrenzung zu ergreifen sowie BMW hierbei zu unterstützen und
 - c) alle aufgrund des Informationssicherheitsvorfalls durch BMW bei BMW getroffenen angemessenen Massnahmen zum Schutz der BMW IT-Infrastruktur (z. B. Trennung der IT-Systemverbindungen) zu akzeptieren und.
 - d) die störungsfreie Wiederanbindung an die BMW IT-Infrastruktur sicherzustellen und.
 - e) falls der Informationssicherheitsvorfall eine Unterbrechung oder Verzögerung der Leistungen, eine Verringerung der Betriebseffizienz oder den Verlust von Daten verursacht, BMW bei der Wiederherstellung der Daten zu unterstützen und
 - f) auf Anforderung von BMW relevante Details bzgl. des Informationssicherheitsvorfalls zur Verfügung zu stellen, insbesondere Indicator of Compromise (IOC), Tactics, Techniques and Procedures (TTP) oder einen Vorfallsabschlussbericht und
 - g) auf Anforderung von BMW einen Sicherheitsbericht für einen vorgegebenen Betrachtungszeitraum zur Verfügung zu stellen. Notwendige Inhalte eines solchen Berichts sind insbesondere Ergebnisse von Sicherheitsprüfungen, identifizierte Informationssicherheitsrisiken, sowie identifizierte Informationssicherheitsvorfälle und deren Behandlung.

Die Pflichten des Auftragnehmers aus dem Vertragsverhältnis bleiben hiervon unberührt.

- 16.6 Erlangt BMW Kenntnis von einem Verstoss gegen die vereinbarte Umsetzung und Aufrechterhaltung der Informationssicherheit, dem Vorliegen eines Informationssicherheitsvorfalls oder bestehen begründete Anhaltspunkte hierfür, so hat BMW das Recht, sich von der Einhaltung der Anforderung zu Informations- und IT-Sicherheit dieser Klausel 16 sowie der vereinbarten Datenschutz- und Sicherheitsrichtlinien (vgl. Klausel 2.6) zu überzeugen („Audits“). Der Auftragnehmer hat die Audits von BMW zu dulden und Mitwirkungsleistungen, wie Auskünfte, zu erbringen, soweit dies für das Audit erforderlich ist. BMW kann sich nach rechtzeitiger

Anmeldung während der üblichen Geschäftszeiten und, soweit möglich und zumutbar, ohne Störung der betrieblichen Abläufe auch in den Betriebsstätten des Auftragnehmers einschließlich der IT-Systeme von der Einhaltung der vereinbarten technischen und organisatorischen Massnahmen überzeugen. BMW beachtet dabei möglicherweise gegenüber Dritten bestehende Vertraulichkeitsverpflichtungen des Auftragnehmers. BMW ist berechtigt, die Audits durch ein externes, gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtetes und qualifiziertes Unternehmen durchführen zu lassen, sofern es sich dabei nicht um einen Wettbewerber des Auftragnehmers handelt. Gesetzliche Kontroll- und Auskunftsrechte von BMW werden hierdurch weder eingeschränkt noch ausgeschlossen.

- 16.7 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, BMW vor erstmaliger Belieferung bzw. vor Leistungserbringung einen zentralen Ansprechpartner für Informationssicherheit über das B2B-Portal (Lieferantendatenbank > Informationssicherheitsbeauftragter) mitzuteilen und unverzüglich über Änderungen zu informieren.
- 16.8 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass alle seine Unterauftragnehmer durch geeignete vertragliche Regelungen ihm gegenüber zur Einhaltung der in dieser Klausel 16 („Informationssicherheit“) enthaltenen Bestimmungen vertraglich verpflichtet sind und diese Verpflichtung entlang der Lieferkette entsprechend weitergeben wird.

17. Geheimhaltung, Werbung

- 17.1 Jede Partei muss alle Informationen, die ihr im Rahmen der Beauftragung direkt oder indirekt von der jeweils anderen Partei oder einem mit dieser Partei Zusammengehörigen Unternehmen offenbart wurden, und (i) als vertraulich markiert sind oder (ii) gewöhnlich vom Verkehr, insbesondere nach der Art der Information oder den Umständen der Übermittlung der Information, als vertraulich angesehen werden („**Vertrauliche Informationen**“), vertraulich behandeln und darf sie nur im Zusammenhang mit der Beauftragung verwenden, unabhängig davon, ob diese Vertraulichen Informationen gegenüber der Partei oder einem mit ihr Zusammengehörigen Unternehmen offenbart wurden. Die Parteien werden insbesondere Vertrauliche Informationen weder an Dritte weitergeben noch in anderer Form Dritten zugänglich machen und alle angemessenen Vorkehrungen treffen, um einen Zugriff Dritter auf die Vertraulichen Informationen zu vermeiden. Der Auftragnehmer und BMW stehen einander dafür ein, dass ihre Zusammengehörigen Unternehmen, die im Rahmen dieser Beauftragung Vertrauliche Informationen erhalten, diese ebenfalls vertraulich behandeln und nur im Zusammenhang mit der Beauftragung verwenden. Die Mitarbeiter und Berater der Parteien gelten nicht als Dritte im Sinne dieser Bestimmung, sofern ihnen dieser Klausel 17 entsprechende Geheimhaltungspflichten (etwa in einem Arbeitsvertrag) auferlegt sind.
- 17.2 Zu den vertraulichen Informationen im Sinne von Klausel 17.1 gehören insbesondere
- a) Prototypen, Versuchsteile oder Muster,
 - b) Geschäftsgeheimnisse, Know-how oder Ergebnisse der jeweils anderen Partei, die im Rahmen der Beauftragung ausgetauscht werden,
 - c) Die Beschreibung und Existenz der Beauftragung, vertragliche Vereinbarungen und Entwürfe, Ausschreibungsunterlagen, technische Spezifikationen, Prozessbeschreibungen, Volumen- und Kostendaten,
 - d) Die in Aussicht genommenen Terminpläne, Ziele, Ideen und Erfindungen der jeweils anderen Partei im Zusammenhang mit der Beauftragung oder im Zusammenhang mit dieser entstandene (Test-)Ergebnisse,
 - e) andere nicht öffentlich verfügbare Informationen, insbesondere Erkenntnisse über innerbetriebliche Verhältnisse und Vorgänge, die eine Partei im Rahmen der Beauftragung über die jeweils andere Partei erlangt (z. B. auch im Rahmen eines Besuches oder Treffens) oder die geführte Geschäftskorrespondenz und Personendaten.

- 17.3 Eine Information gehört nicht zu den vertraulichen Informationen im Sinne von Klausel 17.1, wenn und soweit sie
- a) ohne Bruch der Geheimhaltungsverpflichtungen nach dieser Klausel 17 öffentlich bekannt ist oder wird, oder
 - b) rechtmässig von einem Dritten erlangt wurde, oder
 - c) bei der empfangenden Partei zur Zeit der Übergabe bereits bekannt war und nicht anderweitig von der empfangenden Partei, direkt oder indirekt, von der offenlegenden Partei unter einer Vertraulichkeitsverpflichtung erhalten wurde, oder
 - d) von der empfangenden Partei ohne Verwendung oder Bezug auf die Information der anderen Partei unabhängig entwickelt wurde.
- Diejenige Partei, die sich auf eine oder mehrere der vorgenannten Ausnahmen beruft, hat die zu Grunde liegenden Tatsachen nachzuweisen.
- 17.4 Die Geheimhaltungspflichten nach dieser Klausel 17 bestehen nicht, wenn und soweit eine Vertrauliche Information aufgrund zwingender gerichtlicher, behördlicher oder gesetzlicher Vorschriften oder Anordnungen preisgegeben werden muss, wobei die Preisgabe so gering wie möglich zu halten ist und die empfangende Partei die andere Partei vor der beabsichtigten Preisgabe schriftlich informieren muss, es sei denn, dies ist nicht zumutbar.
- 17.5 Sofern und soweit es im Zusammenhang mit der Beauftragung erforderlich ist („Need-to-know-Prinzip“), darf eine Partei Vertrauliche Informationen weitergeben an
- a) ihre Zusammengehörigen Unternehmen und
 - b) mit ihr vertraglich verbundene Dritte (z. B. Kooperationspartner und Unterauftragnehmer), sofern dies nicht im Einzelfall für bestimmte Vertrauliche Informationen ausgeschlossen wurde,
- sofern es sich bei dem Empfänger nicht um einen Wettbewerber der anderen Partei handelt und dies gesetzlich zulässig ist. Die Parteien sind einander dafür verantwortlich, dass dem Empfänger vor der Weitergabe der Vertraulichen Information dieser Klausel 17 entsprechende Geheimhaltungspflichten auferlegt und von diesem eingehalten werden,
- 17.6 Die Parteien verpflichten sich, wechselseitig überlassene Gegenstände (z. B. Prototypen, Software oder sonstige Materialien und Muster), die nicht oder noch nicht auf dem Markt erhältlich sind, nicht durch Rückbau oder Disassemblierung zu analysieren („**Reverse Engineering**“), es sei denn, entsprechende Rechte ergeben sich aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen oder anderweitigen vertraglichen Regelungen.
- 17.7 Soweit nicht anders vereinbart, gelten die Geheimhaltungspflichten der Parteien nach diese Klausel 17 nach Abschluss der Leistungserbringung für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren fort.
- 17.8 Gesetzliche Verpflichtungen zur Geheimhaltung bleiben unberührt.
- 17.9 Der Auftragnehmer darf nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung von BMW mit seiner Geschäftsverbindung zur BMW Group werben.

18. Versicherung

- 18.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Leistungserbringung durch geeignete Versicherungen auf eigene Kosten dem Grunde und der Höhe nach ausreichend zu versichern und BMW hierüber auf Verlangen Nachweis zu erbringen. Für diese Versicherungspflicht gilt eine Mindestversicherungssumme von pauschal CHF 4.000.000 für Personen- und sonstige Schäden (Sach- und/oder Vermögensschäden) Durch den Abschluss von Versicherungen wird die Haftung des Auftragnehmers nicht begrenzt.
- 18.2 Sofern ersichtlich ist, dass durch die Leistungserbringung unmittelbare Haftungsrisiken in den USA oder Kanada entstehen, die dort zu Schadensersatzansprüchen führen können, beträgt die Mindestversicherungssumme CHF 10.000.000.
- 18.3 Die Überprüfung oder die unterlassene Anforderung eines hier bezeichneten Versicherungsnachweises durch BMW stellt keinen Verzicht auf irgendeine in dieser Klausel 18 („Versicherung“) genannten Verpflichtungen dar.

19. Compliance

19.1 Für BMW ist es von überragender Bedeutung, dass unternehmerische Aktivitäten die soziale Verantwortung gegenüber den eigenen Mitarbeitern und der Gesellschaft im Übrigen berücksichtigen. Dies gilt sowohl für BMW selbst als auch Ihre Auftragnehmer. BMW und der Auftragnehmer bekennen sich zur Einhaltung der von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in der „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ (Genf, 06/98) verabschiedeten Prinzipien und Rechte, der Richtlinien der UN Initiative Global Compact (Davos, 01/99) und der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011). Die folgenden Prinzipien sind von besonderer Wichtigkeit:

- Achtung der Menschenrechte,
- Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit,
- positive und negative Vereinigungsfreiheit,
- keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder Ähnliches, Behinderung, Alter, sexueller Identität, Nationalität, Personenstand, politischer Neigung, Veteranenstatus, oder sonstiger lokal gesetzlich geschützter Merkmale,
- Einhaltung der Anforderungen an Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz,
- Schutz vor einzelnen willkürlichen Personalmaßnahmen,
- Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit durch Aus- und Weiterbildung,
- Einhaltung von sozialadäquaten Arbeitsbedingungen,
- Herstellung von Bedingungen, die es den Mitarbeitern erlauben, einen angemessenen Lebensstandard zu genießen,
- Entlohnung, die die Sicherung der Existenz einschließlich sozialer und kultureller Teilhabe ermöglicht,
- Verwirklichung von Chancengleichheit und familienfreundlichen Rahmenbedingungen,
- Schutz indigener Rechte,
- Verbot von Bestechung und Erpressung,
- Wahrung von Tierwohl und Tierschutz, insbesondere Beachtung des 3R Prinzips (Replacement, Reduction, Refinement) bei Tierversuchen,
- Einhaltung der geltenden Gesetze und Vorschriften.

19.2 Der Auftragnehmer hat alle einschlägigen Gesetze, Normen und behördlichen Vorschriften und Regelungen einzuhalten, insbesondere des Kartell- und Wettbewerbsrechts, zur Korruptionsvermeidung, zur Geldwäscheprävention, zur Exportkontrolle sowie zum Datenschutz. Der Auftragnehmer ist darüber hinaus zur Einhaltung und Umsetzung des zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen „BMW Group Supplier Code of Conduct“ verpflichtet (abrufbar im B2B-Portal unter > Zusammenarbeit > Nachhaltigkeit > Umwelt- und Sozialstandards > Downloads; auf Wunsch des Auftragnehmers wird BMW diesen übersenden).

19.3 Darüber hinaus hat der Auftragnehmer folgende Verpflichtungen:

a) Für die quantitative Bewertung der im BMW Group Supplier Code of Conduct geforderten Ressourceneffizienz des Auftragnehmers muss der Auftragnehmer BMW auf Anfrage folgende Angaben in Bezug auf seinen gesamten jährlichen Auftragsumfang mit BMW und mit den Zusammengehörigen Unternehmen von BMW bereitstellen: Gesamtenergieaufwand; CO₂ Emissionen; Gesamtwasserverbrauch; Prozessabwassermenge; Abfallmengen; VOC Emissionen. Darüber hinaus muss der Auftragnehmer BMW auf Anfrage Angaben (einschließlich Daten zum Materialeinsatz) für eine Ökobilanz in Bezug auf die Liefergegenstände bzw. Teile der Liefergegenstände gemäß dem Datenerhebungsformat für Ökobilanzen des VDA bereitstellen.

b) In Liefergegenständen enthaltene Polymermaterialien müssen über den gesamten Lebenszyklus der Liefergegenstände, die von den anwendbaren gesetzlichen Zielen und Standards für Kohlenwasserstoffemissionen für Kraftfahrzeuge abgeleiteten BMW Anforderungen einhalten. Die Produktionsprozesse der Liefergegenstände müssen zur Einhaltung dieser BMW Anforderungen entsprechend angepasst werden.

c) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die im BMW Group Standard GS 93008 (1, 2 und 4) „Gefährliche Stoffe“ enthaltenen Vorgaben über den gesamten Produktlebenszyklus der Liefergegenstände einzuhalten. Der Auf-

BMW Group AVB für den Indirekten Einkauf Stand 11/2022 DID-DE-3030385 Seite 20 von 21 tragnehmer ist ferner verpflichtet, die in den Liefergegenständen enthaltenen chemischen Substanzen entsprechend den für den jeweils betroffenen Markt geltenden Gesetzen (z. B. EU-Verordnung EG/1907/2006, kurz: REACH) zu registrieren, und falls erforderlich, zuzulassen oder anzumelden.

Wird eine chemische Substanz in den Geltungsbereich eines betreffenden Gesetzes importiert, übernimmt der Auftragnehmer die Verantwortung für alle oben genannten Pflichten und damit im Zusammenhang stehenden Kosten.

Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, BMW auf Anfrage unverzüglich alle Informationen über die Liefergegenstände und deren Inhaltsstoffe, auch nach bereits erfolgter Lieferung, zu übermitteln und Bestätigungen abzugeben, die erforderlich sind, damit BMW ihren gesetzlichen Informationspflichten (z. B. aus REACH Art. 33) vollumfänglich und fristgerecht nachkommen kann.

Handelt es sich bei den Liefergegenständen um chemische Substanzen, Mischungen oder Materialien, ist der Auftragnehmer verpflichtet, BMW „Sicherheitsdatenblätter“ („Safety Data Sheets“) bereitzustellen.

19.4 Der Auftragnehmer sichert zu, dass er im Rahmen des Vertragsverhältnisses nur solche Daten an BMW übermittelt, zu deren Übermittlung er berechtigt ist.

19.5 Der Auftragnehmer hat zur Umsetzung der in dieser Klausel 19 genannten Verpflichtungen in seiner Organisation angemessene Schulungs-, Informations-, Kontroll- und Sanktionsmassnahmen zu ergreifen, eine verantwortliche Compliance-Funktion einzurichten und auf Anforderung zu benennen.

19.6 Es ist die Verantwortung des Auftragnehmers dafür zu sorgen, dass seine Unterauftragnehmer ebenfalls entsprechend den in dieser Klausel 19 aufgeführten Regelungen handeln.

19.7 Auf schriftliche Anforderung wird der Auftragnehmer BMW Auskünfte zu nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wie Umwelt-, Arbeitnehmer- und Sozialbelangen, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie den zugrunde liegenden Strategien und Prozessen nach anerkannten Standards erteilen, wie z. B. in Form eines Nachhaltigkeitsberichts nach GRI oder DNK Entsprechenserklärung. Sofern der Auftragnehmer auf Grund gesetzlicher Anforderungen verpflichtet ist, über nichtfinanzielle Leistungsindikatoren zu berichten, genügt die Übermittlung des entsprechenden Berichtes.

19.8 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die von ihm in Bezug auf seine nichtfinanziellen Leistungsindikatoren gemäss Klausel 19.7 zur Verfügung gestellten Informationen richtig, vollständig und zu dem jeweils in den Unterlagen oder Auskünften in Bezug genommenen Zeitpunkt aktuell sind und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der nichtfinanziellen Verhältnisse des Auftragnehmers vermitteln.

19.9 BMW ist berechtigt, die Mitwirkung an der Leistungserbringung, die Entgegennahme der Leistung sowie die Vergütung zu verweigern, wenn und soweit dadurch eine einschlägige rechtliche Bestimmung verletzt würde oder solange eine einschlägige rechtliche Bestimmung nicht eingehalten wird.

20. Allgemeine Bestimmungen

20.1 Änderungen und Ergänzungen, die nicht Klausel 4 („Änderungen und Ergänzungen“) unterfallen, sowie Kündigungen bedürfen der Schriftform. Bei Änderungen und Ergänzungen genügt es zur Wahrung der Schriftform, dass diese schriftlich zugestellt werden. Kündigungen hingegen haben schriftlich per Brief oder per Fax zu erfolgen. Auf das Schriftformerfordernis in Satz 1 kann nur durch eine Vereinbarung in Schriftform verzichtet werden.

20.2 Sollte eine Bestimmung oder ein Teil einer Bestimmung der AVB oder der anwendbaren BVB unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt. BMW und der Auftragnehmer sind im Rahmen des Zumutbaren nach Treu und Glauben verpflichtet, die unwirksame oder nicht durchsetzbare Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg gleichkommende, wirksame und durchsetzbare Regelung zu ersetzen, sofern dadurch keine wesentliche Änderung des Inhaltes dieser AVB oder der einbezogenen BVB herbeigeführt wird.

20.3 Soweit gesetzlich zulässig, wird der Auftragnehmer BMW auf schriftliche Anforderung von BMW jederzeit geeignete Informationen (insbesondere Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschlüsse zuzüglich der dazugehörigen

Abschlussberichte einschließlich Anhang und Informationen über wesentliche Unternehmenskennzahlen) zur Verfügung stellen, die es BMW erlauben, die aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Auftragnehmers im Hinblick auf dessen fortdauernde Lieferfähigkeit zu bewerten. BMW ist verpflichtet, diese Informationen vertraulich zu behandeln, soweit sie nicht öffentlich zugänglich oder nicht sonst bereits nachweislich allgemein bekannt sind oder ohne ihr Verschulden bekannt werden.

21. Geltendes Recht, Gerichtsstand und Gerichtsbarkeit

- 21.1 Die Rechtsbeziehungen der Parteien unterliegen dem Schweizer Recht. Ausgenommen hiervon ist das UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980 (CISG).
- 21.2 Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Leistungserbringung ergeben, ist Dielsdorf, soweit nicht gesetzlich ein anderweitiger Gerichtsstand oder Erfüllungsort zwingend vorgeschrieben ist. Diese Gerichtsstandsvereinbarung gilt nicht für Ansprüche gemäss Klausel 3.5 oder sonstige oder gesetzliche Kartellschadensersatzansprüche.